

**Bedingungen
der
Nachrangige Bank Austria – Floater Obligation 2001 – 2016/P1**

**ISI-Nummer AT0000541917
der**

BANK AUSTRIA AKTIENGESELLSCHAFT

§ 1 Gesamtnominale, Stückelung, Sammelverwahrung

- (1) Die nachrangige Bank Austria – Floater Obligation 2001 – 2016/P1 (nachstehend „Obligationen“ genannt) wird im Wege einer Privatplazierung in einem Gesamtnennbetrag von EURO 45.000.000,- begeben.
- (2) Der Gesamtnennbetrag ist unterteilt in Obligationen von je Nominale EURO 100.000,-- mit den Nummern 1 bis 450.
- (3) Die Obligationen werden zur Gänze durch eine Sammelurkunde gemäß § 24 Depotgesetz, BGBl. Nr.650/1987 vertreten, die die Unterschriften entweder von zwei Vorstandsmitgliedern oder einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen der Bank Austria Aktiengesellschaft (im folgenden "Bank Austria" genannt) tragen. Ein Anspruch auf Ausfolgung von Obligationen besteht nicht.

§ 2 Nachrangigkeit

Die Forderungen aus den Obligationen sind nachrangige Forderungen gemäß § 23 Abs. (8) Bankwesengesetz i.V.m. § 45 Abs. (4) Bankwesengesetz.

§ 3 Laufzeit

Die Laufzeit beginnt am 25. Jänner 2001 und endet mit Ablauf des 24. Jänner 2016.

§ 4 Verzinsung

- (1) Die Verzinsung der Obligationen beginnt am 25. Jänner 2001 und endet mit dem ihrer Fälligkeit vorangehenden Tag.
- (2) Für den Zeitraum vom 25. Jänner 2001 bis 24. Jänner 2016 werden die Zinssätze jeweils zwei Bankarbeitstage vor Beginn der betreffenden Zinsperiode („Zinsfestsetzungstag“) wie folgt fixiert: Der Zinssatz wird jeweils 0,40 % p.a. über dem am Zinsfestsetzungstag um ca 11 Uhr Brüsseler Zeit auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ genannten 6-Monats-Euribor festgesetzt.
- (3) Die Zinsenberechnung erfolgt auf Basis kalendermäßig/360.
- (4) Die Zinsen werden halbjährlich im nachhinein am 25. Jänner und am 25. Juli eines jeden Jahres, erstmals am 25. Juli 2001 fällig und ausbezahlt. Der Zeitraum von sechs Monaten zwischen den Zinsterminen wird als Zinsperiode bezeichnet.
- (5) Sollte am Zinsfestsetzungstag der 6-Monats-Euribor auf Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht feststellbar sein, so wird der Zinssatz jeweils um 0,40 % p.a. über dem arithmetischen Mittel jener Sätze festgesetzt, welche von den Referenzbanken am Zinsfestsetzungstag um ca. 11 Uhr Brüsseler Zeit als 6-Monats-Euribor genannt werden. Sollten am Zinsfestsetzungstag weniger als fünf, aber mehr als eine der Referenzbanken Zinssätze zur Berechnung des festzusetzenden Zinssatzes angeben, so gelten die von diesen Banken genannten Sätze als Berechnungsgrundlage. Sollte am Zinsfestsetzungstag nur eine oder keine der Referenzbanken Zinssätze zur Berechnung des

festzusetzenden Zinssatzes angeben, so wird die Bank Austria einen entsprechenden Zinssatz festlegen.

- (6) Sollte es in Zukunft zu einer Veröffentlichung der Reuters-Seite „EURIBOR01“ in vorstehend beschriebenen Sinne an anderer Stelle oder in anderer Form kommen, ist diese neue Veröffentlichung für die Zinssatzanpassung heranzuziehen. Sollte zukünftig die Veröffentlichung der Reuters-Seite „EURIBOR01“ in der in diesen Bedingungen zugrunde gelegten Form unterbleiben, wird die Bank Austria die zukünftige Zinssatzanpassung anhand von Indikatoren vornehmen, die wirtschaftlich den jetzt vereinbarten Indikatoren so nahe als möglich kommen.
- (7) Der Zinssätze der Obligationen werden spätestens einen Bankarbeitstag vor der jeweils neuen Zinsperiode entweder telefonisch oder mittels Telefaxschreiben oder via e-mail den Gläubigern bekanntgegeben. Sollte eine Kontaktaufnahme auf den vorhin genannten Wegen nicht möglich sein, wird die Tilgung gemäß § 10 bekanntgegeben.

§ 5 Tilgung

Die Tilgung erfolgt zur Gänze am 25. Jänner 2016 zum Nennwert unter Berücksichtigung des § 2 dieser Bedingungen.

§ 6 Haftung

Die Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse haftet gemäß § 92 Abs. (9) BWG mit ihrem gesamten Vermögen für alle gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin im Falle von deren Zahlungsunfähigkeit. Nach § 2 Abs. (1) dritter Satz des Sparkassengesetzes erstreckt sich die Haftung der Stadt Wien als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB im Wege über die Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse auch auf die Verbindlichkeiten der Bank Austria.

§ 7 Kündigung

Eine Kündigung seitens des Gläubigers und der Bank Austria ist ausgeschlossen.

§ 8 Verjährung

Ansprüche aus fälligen Zinsen verjähren nach drei Jahren ab Fälligkeit, aus fälligen Obligationen dreißig Jahre nach Eintritt der Fälligkeit.

§ 9 Hinterlegung bei Gericht

Die Bank Austria kann fällige, aber nicht behobene Beträge auf Gefahr und Kosten der Inhaber der Obligationen mit schuldbefreiender Wirkung bei dem für die Bank Austria zuständigen Gericht hinterlegen, auch wenn sich die Inhaber der Obligationen nicht in Annahmeverzug befinden. Bei der Hinterlegung verlieren die Berechtigten jeden Anspruch aus den Obligationen gegen die Bank Austria.

§ 10 Bekanntmachungen

Alle Bekanntmachungen über die Obligationen werden im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" veröffentlicht. Sollte diese Zeitung ihr Erscheinen einstellen oder nicht mehr Organ für amtliche Bekanntmachungen sein, so tritt an die Stelle der Wiener Zeitung das dann für amtliche Bekanntmachungen dienende Medium. Sollte darüber hinaus zukünftig die Möglichkeit bestehen, amtliche Bekanntmachungen auch in anderen Medien vornehmen zu können, so kann von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden. Einer besonderen Benachrichtigung der einzelnen Gläubiger bedarf es nicht. Zur Rechtswirksamkeit genügt in allen Fällen die Bekanntmachung nach den obigen Bestimmungen.

§ 11 Zahlungen

Die Zahlungen erfolgen in EURO.

§ 12 Zahlstellen

Zahlstelle ist die Bank Austria und deren Filialen. Die Gutschrift der Tilgungszahlungen erfolgt durch die für den Inhaber der Obligationen jeweils depotführende Stelle.

§ 13 Gerichtsstand

Für sämtliche Rechtsverhältnisse aus der Begebung dieser Obligationen gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

§ 14 Rückkauf

Die Bank Austria ist berechtigt, Teilobligationen während der gesamten Laufzeit im Markt oder auf sonstige Weise auch zu Tilgungszwecken zurückzukaufen.

§ 15 Börseneinführung

Der Handel der Obligationen im Sonstigen Wertpapierhandel an der Wiener Börse wird beantragt. Hinsichtlich dieser Wertpapiere gelten nicht die Anforderungen des Börsegesetzes, die an Emittenten und deren im Amtlichen Handel oder im Geregelten Freiverkehr gehandelten Wertpapiere gestellt werden.

§ 16 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Bedingungen bedeutet:

"Bankarbeitstag" ist jeder Tag, an dem die Banken in Wien für Geschäfte, einschließlich des Handels von Fremdwährungen und Derivative, geöffnet sind.

§ 17 Sonstiges

Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen, aus welchem Grund auch immer, unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieser Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung wird durch eine solche ersetzt, die dem in diesen Bedingungen zum Ausdruck kommenden Willen am nächsten kommt.

Wien, im Jänner 2001